



Kaum war die Rede von einer möglichen Verdreifachung der Taxe de séjour – also der Tourismusabgabe – in der Bretagne, ging ein Raunen durch die Branche. Finanzieren sollte diese drastische Maßnahme angeblich den öffentlichen Nahverkehr in der Region. Doch wer genauer hinschaut, merkt schnell: Von einer tatsächlichen Verdreifachung kann derzeit keine Rede sein.

Ein Sturm im Wasserglas?

Vielleicht. Vielleicht auch nicht.

Die Steuer, die Urlauber bezahlen

Die sogenannte Taxe de séjour ist nichts Neues: Sie wird auf Übernachtungen erhoben und je nach Art und Komfort des Quartiers berechnet – Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen, alle müssen melden, was bei ihnen an Gästen so ein- und ausgeht.

In einer Region wie der Bretagne, die jährlich Millionen Tourist:innen anzieht, kommt da einiges zusammen. Rund **22 Millionen Euro** spülte diese Steuer allein im Jahr 2023 in die Kassen der Kommunen. Und: In Départements wie Ille-et-Vilaine oder den Côtes-d’Armor gibt es bereits einen **10-prozentigen Aufschlag**, der zusätzlich zur regulären Abgabe erhoben wird.

Aber selbst mit dieser Zusatzgebühr ist die Steuer meilenweit von einer Verdreifachung entfernt.

Woher kommt dann das Gerücht?

Die Spur führt ins französische Parlament. Dort brachte Paul Molac, ein regional verankerter Abgeordneter, Ende Oktober 2025 einen Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz ein: Die Taxe de séjour solle **um 200% erhöht** werden – explizit in der Bretagne. Begründung? Das Geld werde für Busse, Bahnen und regionale Mobilitätsprojekte gebraucht.

Doch der Antrag scheiterte.



Steuer-Schock in der Bretagne? Warum die „Verdreifachung der Tourismusabgabe“ (noch) nicht kommt

Schon in der ersten Beratung im Finanzausschuss wurde der Vorschlag abgelehnt. Offiziell vom Tisch ist die Idee damit zwar nicht – aber sie hat derzeit keine rechtliche Grundlage. Keine Region, kein Département hat bislang einen entsprechenden Beschluss verabschiedet.

Gute Idee?

Es gibt durchaus Argumente für eine stärkere Beteiligung von Tourist:innen an den Folgekosten ihres Aufenthalts. Müll, Abwasser, Verkehrsstaus – die Liste an Nebeneffekten langer Sommermonate ist nicht gerade kurz. Und: Wer die Infrastruktur nutzt, könnte dafür auch ein bisschen was bezahlen.

Doch so logisch das klingt – ganz so einfach ist es nicht.

Denn mit jeder Erhöhung der Steuer steht die Wettbewerbsfähigkeit der Region auf dem Spiel. Weniger Gäste, kürzere Aufenthalte, Abwanderung zu billigeren Regionen? Alles denkbar. Gerade Plattformen wie Airbnb, die auf Preis-Leistungs-Sensibilität setzen, könnten darunter leiden. Und die Hotellerie, die in den letzten Jahren ohnehin nicht auf Rosen gebettet ist, könnte erneut unter Druck geraten.

Der Knackpunkt: Glaubwürdigkeit

Was viele in der Branche irritiert, ist die mangelnde Transparenz. Wofür genau sollen die Mehreinnahmen verwendet werden? Wie hoch wäre die Steuer konkret pro Nacht und Kategorie? Welche Kommunen wären betroffen? Und vor allem: Wird diese Idee im Hinterzimmer bereits still und heimlich vorbereitet?

Aktueller Stand: Keine Änderung in Sicht

Fakt ist: Es gibt **keinen gültigen Beschluss** in der Bretagne, der eine Verdreifachung der Tourismusabgabe vorsieht. Der Vorstoß von Paul Molac ist vorerst gescheitert. Die einzige



Steuer-Schock in der Bretagne? Warum die „Verdreifachung der Tourismusabgabe“ (noch) nicht kommt

nachgewiesene Erhöhung liegt weiterhin bei rund **+10 %** in bestimmten Départements – und die gibt es schon seit Längerem.

Heißt das, die Idee ist vom Tisch?

Nicht unbedingt.

Aber bis sie Realität wird, müssten weitere öffentliche Debatten stattfinden, Haushaltspläne angepasst und konkrete Satzungen verabschiedet werden. Davon sind die bretonischen Behörden derzeit noch ein gutes Stück entfernt.

Vielleicht ist das alles also wirklich nur ein Testballon gewesen. Oder ein Signal, das die Richtung andeuten soll.

Doch bis aus dem „Was wäre, wenn“ ein „So wird's gemacht“ wird, braucht es noch Zeit – und eine Menge politischer Überzeugungsarbeit.

Autor: Andreas M. Brucker